



## **Kleine Anfrage**

der Abgeordneten Monika Heinold (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

**und**

## **Antwort**

**der Landesregierung - Finanzministerium**

### **Einsparungen der Landes-Ministerien**

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Der Pressemitteilung der Landesregierung vom 24.5.06 „Kabinett bestätigt Sparkurs“ ist eine Anlage drei beigefügt. Hier wird beispielhaft aufgezeigt, durch welche Einsparungen der Doppelhaushalt 2007/2008 in Höhe von 160 Mio. € entlastet werden soll.

Vorbemerkung der Landesregierung:

Die Landesregierung wird während der Beratung des Haushaltsentwurfs 2007/2008 am 4. Juli 2006 endgültig über die am 24. Mai 2006 im Zuge der Eckwerteberatung vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen entscheiden. Die Antworten zu den einzelnen Fragen stehen daher unter dem Vorbehalt dieser abschließenden Entscheidung der Landesregierung.

1. Welche Synergien erwartet die Landesregierung durch die Amtsgerichtsstrukturreform für den Haushalt 2007 und 2008?

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Leistungsstärke und Zukunftsfähigkeit der Amtsgerichte in Schleswig Holstein langfristig zu sichern. Durch die Bildung von ausreichend großen Amtsgerichten sollen die Rahmenbedingungen für eine Spezialisierung der Beschäftigten ermöglicht und eine optimale Vertretung sichergestellt werden. Zudem soll die Aufbauorganisation der Amtsgerichtsverwaltungen weiter optimiert werden. Auf die ausführliche Darstellung im Konzept für die Reform der Amtsgerichtsstruktur (LT-Umdruck 16/452) und im Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung von Amtsgerichtsbezirken (LT-Drucksache 16/769) wird verwiesen.

Durch die Aufgabe von Standorten werden abhängig vom Zeitpunkt der Aufhebung der betroffenen Amtsgerichte in den Jahren 2007 – 2009 und der Laufzeit der bestehenden Mietverträge dauernde Entlastungen im Bereich der Neben- und Bewirtschaftungskosten sowie der Mieten für die nicht mehr benötigten Liegenschaften eintreten. Die Einsparungen beim Personal liegen im Bereich des einfachen Dienstes (Wachtmeisterinnen und Wachtmeister). So bedarf es bei weniger Standorten eines geringeren Einsatzes für den Pfortner- und Sicherheitsdienst sowie in den Telefonzentralen. Auch beim Vorführ- und Sitzungsdienst werden Synergieeffekte eintreten.

2. Welche „teuren Anmietungen“ bei den Finanzämtern sollen zu welchen Terminen aufgegeben bzw. gekündigt werden? Welche Einsparungen ergeben sich dadurch?

Die Finanzämter sind aufgrund der Umsetzung der Strukturreform entsprechend der organisatorischen Raumbedarfe so untergebracht, dass sie zur Erfüllung der Dienstgeschäfte sowohl Anmietungen von der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein AöR (LVSH) als auch von Dritten über die Drittmietvertragsverwaltung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH) zu ortsüblichen Mieten nutzen.

Aufgrund der Neuordnung der Geschäftsverteilung im April 2005 hat die Landesregierung ein neues Konzept zur Unterbringung der obersten Landesbehörden beschlossen, in dessen Folge auch die Unterbringung der Finanzämter in Kiel betroffen ist. Danach soll die teilweise vom Finanzamt Kiel-Süd genutzte Liegenschaft Theodor-Heuss-Ring 49 in Kiel nicht über das derzeitige Mietvertragsende hinaus (30.06.2007) angemietet werden. Für die in der Vergangenheit durch verschiedene Dienststellen genutzte Drittanmietung entfallen jährliche Miet- und Bewirtschaftungskosten in Höhe von 881,5 T€.

3. In welcher Höhe ist eine Rücklage bei der Lehrerbesoldung im Landeshaushalt vorhanden? Zu wann soll sie aufgelöst werden? Ist die Auflösung einer Rücklage ein Vorgang, der für die Landesregierung in die Kategorie „Sparen“ fällt?

Zum Ablauf des Haushaltsjahres 2005 konnte eine Rücklage i.H.v. 6,5 Mio. € gebildet werden. Es ist beabsichtigt, die Rücklage zum Haushaltsjahr 2007 aufzulösen. In Höhe der gebildeten Rücklage brauchen keine Mittel für die prognostizierten Personalausgaben des Jahres 2007 bereitgestellt werden.

4. Ist die „Reduzierung der Zuschüsse an Privatschulen durch ausgebliebene Besoldungserhöhungen“ ein Vorgang, der im Schulgesetz verankert ist? Würde diese „Einsparung“ auch eintreten, wenn die Landesregierung hierzu keine Beschlüsse fasst? Fällt für die Landesregierung die Umsetzung eines bestehenden Gesetzes in die Kategorie „Sparen“? Wie hoch werden die Zuschüsse für die Privatschulen in 2007 und 2008 im Vergleich zu 2006 sein?

Die Zuschussberechnung erfolgt nach § 63 SchulG auf der Grundlage der Schülerkostensätze für 2001 zuzüglich jährlicher Besoldungserhöhungen. Bei der Veranschlagung der voraussichtlichen Zuschüsse für 2007 und 2008 wurde vorsorglich eine pauschale Besoldungserhöhung einkalkuliert. Da jedoch 2006 voraussichtlich keine Besoldungserhöhung eintreten wird, wurden die angemeldeten Beträge entsprechend reduziert.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Beratungen sind für Zuschüsse an Privatschulen für 2007 insgesamt 431,0 T€ mehr als 2006 veranschlagt, für 2008 insgesamt 692,7 T€ mehr als 2006.

5. Für welche Jugendherbergen war in der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2007/2008 eine Bauförderung eingeplant? Für welche Projekte soll sie nun entfallen?

Die Bauförderung erstreckt sich wie bisher geplant auf die Jugendbildungsstätte Mövenberg/Sylt sowie die Jugendherbergen Glückstadt und Dikjen Deel/Sylt. Die Finanzierung erfolgt zeitlich verschoben in den Jahren 2006 bis 2008.

6. Wie können Sozialhilfesätze für Kontingentflüchtlinge von der Landesregierung in ihrer Höhe beeinflusst werden? Plant die Landesregierung gesetzliche Änderungen?

Die Kontingentflüchtlinge mit Anspruch auf Sozialhilfeleistungen erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt (und andere Hilfen) nach dem SGB XII und der derzeit gültigen RegelsatzVO in Höhe von derzeit 345,- € monatlich. Dieser Regelsatz kann nicht generell gekürzt werden; die Landesregierung plant auch keine Änderung. Allerdings ist der Haushaltsansatz der tatsächlichen Entwicklung mit dem zukünftigen Bedarf angepasst, die dadurch gekennzeichnet ist, dass ein großer Teil der Betroffenen nur Leistungen nach dem SGB II erhält.

7. In welcher Größenordnung soll bei Arbeitsmarktförderprogrammen gespart werden?

Für die ESF-Förderperiode 2007-2013 wurden in Anlehnung an die aktuelle Förderperiode und der Annahme, dass keine private Kofinanzierung mehr zugelassen wird, zur Kofinanzierung der ESF-Mittel sowie für die entstehenden

Abwicklungskosten ein Betrag von jährlich 20.800,0 T€ für die bisherige MFP 2007 bis 2009 angemeldet.

Auf Grund der zwischenzeitlich fortgeschrittenen Planung und der nun weiterhin möglichen Anrechnung privater Beteiligungen können die Ansätze der Kofinanzierungsmittel des Landes (einschließlich der Abwicklungskosten) demgegenüber wie folgt reduziert werden:

	2007 in T€	2008 in T€
MFP	20.800,0	20.800,0
Einsparungsbetrag	11.150,0	8.250,0
neuer Ansatz	9.650,0	12.550,0

Das laufende Arbeitsmarktprogramm ASH 2000 unterliegt keiner Kürzung.

8. Welche Maßnahme plant die Landesregierung, um bei den Schuldendiensthilfen in der Krankenhausfinanzierung und in der Forensik zu sparen? Sollen weniger Bauprojekte, als im Krankenhausplan vorgesehen, bewilligt werden? Geht die Landesregierung von einer niedrigeren Zinsbelastung in den nächsten Jahren aus?

Die im Finanzplan vorgesehenen Baumaßnahmen im Krankenhausbereich sollen durchgeführt werden. Da die eingeplanten Kreditvolumina aufgrund von Verzögerungen bei der Planung und der Bauausführung seitens der Krankenhausträger nicht im vorgesehenen Umfang abgerufen werden konnten, ergeben sich geringere Schuldendienstleistungen in den Jahren 2007/2008 im Verhältnis zur mittelfristigen Finanzplanung. Von einer niedrigeren Zinsbelastung geht die Landesregierung nicht aus.

9. Plant die Landesregierung, den Fuhrpark der Ämter für ländliche Räume auf leasing-Fahrzeuge umzustellen? Wenn ja, liegt bereits eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vor?

Es gibt keine Planung der Landesregierung, den Fuhrpark der Ämter für ländliche Räume auf Leasing-Fahrzeuge umzustellen. Die Entscheidung, ob ein Fahrzeug erworben oder geleast wird, wird im Einzelfall und auf der Grundlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung getroffen.

Zurzeit werden in den Ämtern für ländliche Räume sechs Fahrzeuge als Leasing-Fahrzeuge gehalten.